

WIR



*Magazin der Jungen Bürgermeister*innen*

KOMMUNALEN

2/23



Gutes Gelingen



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

Machen Sie Ihre Kommune zu einem Ort, an dem Kinder obere Priorität haben!



Infos und praktische Hilfen bekommen Sie auf dem Infoportal

<https://kommunen.kinderrechte.de>

Das Infoportal bietet Informationen und eine umfassende Datenbank, wie Kinderrechte im Verwaltungshandeln beachtet und umgesetzt werden können.

Mitarbeitende in Städten und Gemeinden finden hier:

- Gute-Praxis-Anleitungen
- Arbeitshilfen
- Leitfäden
- Checklisten
- Konzepte
- Satzungen
- Leitbilder
- Fachaufsätze
- Gutachten
- Erklärvideos
- Podcasts

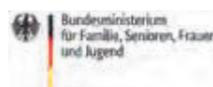
kommunen.kinderrechte.de

Schauen Sie rein und tragen Sie dazu bei, Ihre Kommune im Sinne der Interessen von Kindern zu verbessern!

Kooperationspartner



Gefördert vom



Liebe kommunalpolitisch Interessierte, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Lage spitzt sich zu: Die Zahl der Mitarbeiter*innen in unseren Rathäusern sinkt, die Arbeitsbelastung steigt und kommunale Einnahmen schrumpfen drastisch. Während 2022 noch ein Überschuss von 5,8 Milliarden Euro verzeichnet wurde, verzeichneten alle Städte und Gemeinden im 1. Halbjahr 2023 ein Defizit von 6,8 Milliarden Euro. Dennoch sehen sich unsere Kommunen weiter mit mehr Verwaltungsaufgaben, Verordnungen und Rechtsvorschriften konfrontiert. Wie die Menschen die Handlungsfähigkeit des Staates bewerten, entscheidet sich nicht nur bei den zentralen Regierungsebenen, sondern vor allem in den Städten und Gemeinden. Die Überlastung der Kommunen droht damit zu einem Systemcrash mit Ansage zu führen.



Foto: Ingo Boelter / ASK Berlin

Es ist dringend erforderlich, dass Bund, Länder und Kommunen schnellstmöglich neu aushandeln, was in dieser Situation realistisch leistbar ist. Der Rücktritt des Bürgermeisters und des gesamten Gemeinderats von Freisbach in Rheinland-Pfalz verdeutlicht, wie die lokale Demokratie gefährdet ist, wenn den Kommunen der Gestaltungsspielraum genommen wird. Unser Bundesvorsitzender Michael Salomo beleuchtet die herausfordernde Lage unserer Kommunen in einem eindrucksvollen Interview auf den Seiten 8–9.

Vor diesem Hintergrund haben wir im August ein aktuelles Stimmungsbarmeter unter jungen Bürgermeister*innen erstellt und uns mit den Ergebnissen an den Bundeskanzler gewandt (S. 27). Darüber hinaus halten wir einen regelmäßigen Dialog mit der politischen Szene in Berlin aufrecht. Details zu unserem Treffen mit Bauministerin Geywitz sowie dem Austausch mit der FDP-Fraktion findet ihr auf den Seiten 25–26.

Der Fokus dieses Heftes liegt auf Beispielen des Gelingens, auf Vorbildern und guten Ideen. Wie initiiert man erfolgreich Veränderungen (S. 14–15) und wie begeistert man mehr junge Frauen für das Bürgermeisterinnenamt (S. 22–23)? Ihr werdet Ideen für die Verkehrswende (S. 18–19) und Berichte über vorbildliche Projekte entdecken – sei es der Breitbandausbau (S. 16–17), wie man Schule neu denkt (S. 20–21) oder die Einführung von Kinderbürgermeister*innen (S. 24).

Natürlich enthält dieses Magazin auch einen umfassenden Bericht über unsere Jahreskonferenz (S. 10–13). Zudem bieten wir auch einen Ausblick auf kommende Projekte und Veranstaltungen (S. 30–34). Markiert euch auf jeden Fall schon jetzt den Termin unserer Jahreskonferenz 2024 im Kalender. Wir treffen uns am 15. und 16. Mai 2024 wieder in Berlin.

Eine spannende Lektüre und inspirierende Einsichten wünscht euch

Henning Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen

Wie die Menschen die Handlungsfähigkeit des Staates bewerten, entscheidet sich nicht nur bei den zentralen Regierungsebenen, sondern vor allem in den Städten und Gemeinden.

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (v.i.S.d.P.), Birgit Güll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Anzeigen: Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK Berlin. **Layout & Satz:** ASK Berlin. **Titelbild:** Adobe Stock. **Druck:** MPC – Media Print Consulting GmbH & Co. KG, Am Fohlenhof 2b, 82256 Fürstenfeldbruck. **Erscheinungstermin:** 09/2023



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Foto: BPA/Steffen Kugler

SVENJA SCHULZE
Bundesministerin für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Liebe Leser*innen,

seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine prägen vor allem zwei Worte mein Denken und Handeln: **Frieden und Solidarität**. Beides entsteht im direkten Miteinander und wird in besonderem Maße auf kommunaler Ebene geschaffen und verteidigt. Denn die Kommunen sind das Herzstück der gesellschaftlichen Zusammenarbeit. Und die geht über Ländergrenzen hinaus. Wenn Bürgermeister*innen den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten fördern oder gemeinsam an nachhaltiger Stadtentwicklung und Wohnraumschaffung arbeiten, entstehen Brücken zwischen Menschen. Wenn Bürger*innen sich direkt beteiligen, entstehen neue Ideen und gemeinschaftliche Projekte. Je enger Kommunen zusammenwachsen, desto größer die Solidarität.

Das beste Beispiel dafür ist das **Ukraine-Netzwerk**, das seit 2014 – nach dem ersten russischen Angriff auf die Ukraine – verstärkt vom Bundesentwicklungsministerium gefördert wird. Es leistet wichtige Arbeit für die Stärkung dezentraler Verwaltungsstrukturen in der Ukraine. Die kommunalen Partnerschaften mit ukrainischen Städten haben sich seit dem 24. Februar 2022 mehr als verdoppelt: von 73 auf mittlerweile mehr als 170. Deutsche Kommunen unterstützen ihre

ukrainischen Partner mit Generatoren, Fahrzeugen und medizinischer Ausrüstung. Auch beim Wiederaufbau von Wasserwerken, Schulen und Krankenhäuser unterstützen sie ihre ukrainischen Partnerkommunen. Dadurch gewinnen sie wiederum Erfahrungen, die ihrer eigenen Stadtentwicklung in Deutschland zugutekommen. Kommunale Netzwerke sind somit ein bedeutendes Instrument der Entwicklungs- und Friedenspolitik.

Weltweit stehen die Menschen vor immer größeren Herausforderungen: Pandemien nehmen zu, die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen sich, Ressourcen werden knapp, und anti-demokratische Tendenzen breiten sich aus. Hier haben (Ober-)Bürgermeister*innen, und Landrät*innen, also Sie, liebe Leser*innen, eine enorm wichtige Rolle. Denn um diese Herausforderungen zu bewältigen, braucht es einen breiten politischen Konsens.

Dieser Konsens wird in einem intensiven Austausch geschaffen. Das **Netzwerk Junge Bürgermeister*innen** ist eine hervorragende Plattform für diesen Austausch, für neue Ideen, innovative Lösungsansätze und gemeinsame Projekte. Ebenso wichtig sind Partnerschaftskonferenzen – hier können alle Beteiligten zu den drängendsten Themen ihre jeweiligen Erfahrungen teilen und gemeinsam Lösungsansätze entwickeln. Zum Beispiel wie die gesellschaftliche Transformation im Sinne der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens erreicht werden kann – denn die Ziele sind nur gemeinsam mit den Kommunen erreichbar.

Um die Zusammenarbeit der Kommunen zu vertiefen, lade ich die deutsch-ukrainischen Städtepartner*innen herzlich zur **Konferenz vom 13.11. bis 15.11.2023 in Leipzig** ein. Dort steht die Rolle der Kommunen beim **Wiederaufbau der Ukraine** im Fokus. Expert*innen aus der Kommunal- und Entwicklungspolitik treffen sich, um zu diskutieren und voneinander zu lernen. Besonders freue ich mich, dass auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als Schirmherr der Deutsch-Ukrainischen Städtepartnerschaften an der Veranstaltung teilnehmen wird. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Partner*innen wollen wir darüber sprechen, was Kommunen konkret zum Wiederaufbau leisten können.

Da wir Frieden und Solidarität nur durch engen Austausch erreichen können, setze ich dabei auf Sie. Gemeinsam können wir den Weg in eine nachhaltige Zukunft beschreiten!

Svenja Schulze

WARUM WIR DABEI SIND



Lisa Gößwein,

Bürgermeisterin der Gemeinde Bischofsheim

„Das Netzwerk ist eine gute Möglichkeit, sich mit anderen jungen Bürgermeister*innen auszutauschen. Viele Aufgaben, die in der eigenen Kommune auf der Tagesordnung stehen, sind auch anderswo aktuell. Wissen, Ideen und Best-Practice-Beispiele zu teilen finde ich inspirierend. Dass das Netzwerk parteiübergreifend ist, finde ich besonders reizvoll. Denn hier zählt die Sache und es geht um vorbehaltlosen Austausch.“

”

Foto: Torsten Silz

”

Franziska Hildebrandt,
Bürgermeisterin der Gemeinde Klettbach

„Als Bürgermeisterin der Gemeinde Klettbach will ich im Netzwerk Junge Bürgermeister*innen aktiv sein, um den Austausch mit Amtskolleginnen und -kollegen zu nutzen und innovative Lösungsansätze zu entdecken. Die Herausforderungen des ländlichen Raumes können durch vernetztes Handeln gemeinsam besser gelöst werden und stärken somit auch die Zukunft der Gemeinde Klettbach.“



Foto: Privat

Foto: eJfotografie



Daniel Kiefer,

Bürgermeister der Gemeinde Mettlach

„Vernetzung, überparteiliche Zusammenarbeit, von den Erfahrungen der Kolleg*innen lernen, sind für mich die Schlüsselfaktoren des Netzwerks Junger Bürgermeister*innen. Aus meiner Erfahrung weiß ich zu gut, wie wertvoll ein gutes Netzwerk für die eigene Arbeit ist und dass man das Rad nicht immer wieder neu erfinden muss. Dafür habe ich gerne daran mitgearbeitet, das Netzwerk aufzubauen, und werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass es eine starke Stimme im Bund erhält.“

”

”

Benedikt Paulowisch,
Bürgermeister der Gemeinde Kernen

„Verantwortung in herausfordernden Zeiten zu übernehmen sollte keine Last, sondern ein Privileg sein. Hierzu ist Austausch besonders wertvoll. Die junge Generation von Bürgermeister*innen hat zahlreiche Ideen, neue Perspektiven und den Mut zu neuen Wegen. Sich gegenseitig bereichern, voneinander lernen, aber sich auch in schwierigen Situationen zu unterstützen stärkt die Bereitschaft und die Lust auf Verantwortung.“



Foto: Privat



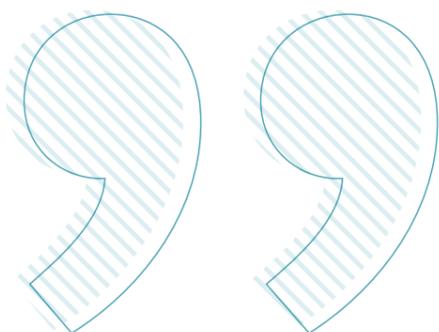
Nicole Piechotta,

Stadtverordnete und ehrenamtliche Bürgermeisterin der Stadt Oldenburg

„Ich freue mich auf den Austausch mit engagierten und kompetenten Menschen aus ganz Deutschland. Außerdem leistet das Netzwerk einen wichtigen Beitrag, indem es zeigt, dass junge Menschen in der Kommunalpolitik Verantwortung übernehmen und mit frischen Ideen gestalten: echte Vorbilder eben!“

”

Foto: Hendrik Reinert



MEIN RATHAUS ...

Feldatal – grüne Insel mitten in Hessen

Die Großgemeinde Feldatal wurde im Rahmen der Gebietsreform in Hessen zum 31. Dezember 1971 durch den formal freiwilligen Zusammenschluss der bis dahin eigenständigen Gemeinden Ermenrod, Groß-Felda, Kestrich, Köddingen, Stumper-tenrod, Windhausen und Zeilbach gebildet.

Seit 2016 gehört die Gemeinde Feldatal zusammen mit den Städten Grebenau und Romrod sowie der Gemeinde Schwalmtal einem Gemeindeverwaltungsverband an, der auch seinen Sitz in Feldatal hat. Auf einer Fläche von 55,69 km² befinden sich in der Gemeinde Feldatal sieben verschiedene Ortsteile, in denen rund 2.500 Einwohner leben.

Die Gemeinde liegt am Nordhang des Vogelsbergs und wird durchzogen von mehreren kleinen Bächen, wie dem Zeilbach, der Felda oder dem Trockenauer Bach. Im Norden der Gemeinde befindet sich zwischen Groß-Felda und Ehringshausen ein Naturschutzgebiet.

Die Gemeinde Feldatal ist Mitglied im Gemeindeverwaltungsverband Feldatal-Grebenau-Romrod-Schwalmtal. Die Verwaltungsaufgaben der Mitgliedsgemeinden werden von dem Verband gemeinschaftlich getragen, um Kosten und Zeit einzusparen. Der Vorstand des Verwaltungsverbands besteht aus den Bürgermeisterinnen und

Bürgermeistern aller Mitgliedskommunen. Bürgeranfragen können bei den Servicestellen in den Rathäusern der Mitglieder eingehen. Dort können die Anfragen selbst bearbeitet, oder an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet werden. Die Fachbereiche befinden sich, wie auch die Bürgerbüros, in den Rathäusern der Mitgliedskommunen. Zuständig dafür ist die jeweilige Bürgermeisterin oder der jeweilige Bürgermeister.

Seit 2018 bin ich Bürgermeister der wunderschönen Gemeinde Feldatal. Geprägt ist meine erste Amtszeit von unerwarteten Herausforderungen wie der Corona-Pandemie sowie den Auswirkungen von Russlands Krieg in der Ukraine. Feldatal ist eine aufstrebende Gemeinde mit guten Entwicklungsmöglichkeiten. Vieles ist nur aufgrund des intakten ehrenamtlichen Engagements seitens der Bürgerinnen und Bürger zu stemmen. Dafür bin ich sehr dankbar. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter beschreiten.



LEOPOLD BACH
Bürgermeister,
Gemeinde Feldatal

Foto: Gemeinde Feldatal



Foto: Gemeinde Feldatal



Foto: UuMufQ/Wikipedia



● **FELDATAL**
Gemeinde
im mittel-
hessischen
Vogelsbergkreis

2.410 Einwohner
www.feldatal.de

Systemcrash mit Ansage?

Interview mit Michael Salomo, dem Bundesvorsitzenden des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e. V.

WirKommunalen: Hallo Michael, im Januar 2024 hast du dein zehnjähriges Dienstjubiläum als Bürgermeister. Wie bewertest du die aktuelle Situation der Kommunen in Deutschland? Was werden die Herausforderungen der kommenden Jahre sein?

Michael Salomo: Unsere Kommunen stehen vor sehr großen Herausforderungen. Bis 2030 werden über 1,3 Millionen Dienstposten in deutschen Verwaltungen unbesetzt sein. Insbesondere kleine Kommunen werden in Zukunft vor der Herausforderung stehen, ihr Personal halten zu können, damit es nicht von größeren Städten, die besser bezahlen, abgeworben wird. Zudem sind gewaltige gesellschaftliche Veränderungsprozesse im Gang, die bewältigt werden wollen. Hierzu zählen der demografische Wandel, die Digitalisierung, die marode öffentliche Infrastruktur, der Klimawandel sowie die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien. Alle diese Herausforderungen haben unweigerlich Konsequenzen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland und somit auch auf die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger.

WirKommunalen: Von welchen Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger gehst du aus? Und inwiefern ist das heute schon zu spüren?

Michael Salomo: Die Inflation hat dafür gesorgt, dass viele Menschen jetzt den Gürtel deutlich enger schnal-

len müssen. Bei all den oben genannten Themen gibt es natürlich keine einfachen Lösungen. Deswegen ist es wichtig, dass wir handlungsfähige Kommunen haben, die mit genügend Geld im rechtlichen Spielraum und angemessener Personalausstattung adäquat regionale Lösungen schaffen können.

WirKommunalen: Welche Folgen hat es, wenn Kommunen ihrem gesetzlichen Auftrag nicht mehr nachkommen können?

Michael Salomo: Wie man in der Gemeinde Freisbach in der Südpfalz sieht, haben ehrenamtliche Rätinnen und Räte verständlicherweise keine Motivation, ein Amt auszuüben, in dem sie nichts gestalten und bewirken können, jedoch für politische Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene mitverantwortlich gemacht werden.



Michael Salomo
Oberbürgermeister von
Heidenheim an der Brenz

Foto: irena Klingner

„Zur Bewältigung der zahlreichen Veränderungen ist eine Priorisierung und Fokussierung auf die wichtigsten Themen nötig.“

Des Weiteren sieht man im Kreis Sonneberg bei den Landratswahlen und bei der Bürgermeisterwahl in Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt klare Anzeichen dafür, dass die Bevölkerung das Gefühl hat, dass die Kommunen nicht mehr die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger erfüllen können. Solche Entscheidungsprozesse tun mir als echtem Demokraten einfach weh. Man muss jetzt sowohl in Berlin als auch in den Landeshauptstädten sehr darauf achten, dass sich nicht ein Großteil unserer Bevölkerung von der Demokratie abwendet.

WirKommunalen: Was brauchen die Kommunen jetzt, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben?

Michael Salomo: Bei einer immer globaler werdenden Welt sind Schnelligkeit und Effizienz die wichtigsten Güter. Leider stehen deutsche Rathäuser vor der Herausforderung, dass bei einem reibungslosen Bebauungsplanverfahren eine Genehmigungszeit von mindestens zwei Jahren vorausgesetzt wird. Sollte aber nicht alles rund laufen, insbesondere bei den eingangs genannten Themen, sind heute von der Problemstellung bis zur Realisierung aufgrund von Vergabeprozessen sechs bis acht Jahre (Genehmigung, Vergabe und Ausführung) keine Seltenheit. Man sollte nicht außer Acht lassen, dass in den meisten Bundesländern Gemeindevertretungen nach rund fünf Jahren neu gewählt werden.

Dass es auch anders geht, hat die Bundesregierung beim Bau der LNG-Terminals unter Beweis gestellt.

Beim Beschleunigen der Vorgänge sollte im Vordergrund stehen, dass die Maßnahme den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung zugutekommt und die Wähler nicht zusätzlich dazu verleitet werden, aufgrund langwieriger Prozesse der Demokratie bei der nächsten Wahl den Rücken zu kehren.

WirKommunalen: In welchen Themenfeldern siehst du den größten Handlungsdruck?

Michael Salomo: Aufgrund der Vielzahl der Herausforderungen bei immer weniger Personal wird es elementar, jetzt nicht alle Themen gleichzeitig angehen zu wollen, sondern gezielt und fokussiert einzelne Bereiche zügig abzuarbeiten. Wenn ich einen Masterplan Deutschland erstellen dürfte, dann wäre an erster Stelle bezahlbarer Wohnraum zu nennen, gefolgt von flächendeckendem Glasfaserausbau, qualifiziertem Einwanderungsgesetz für Personalfachkräfte, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie deutlicher Beschleu-

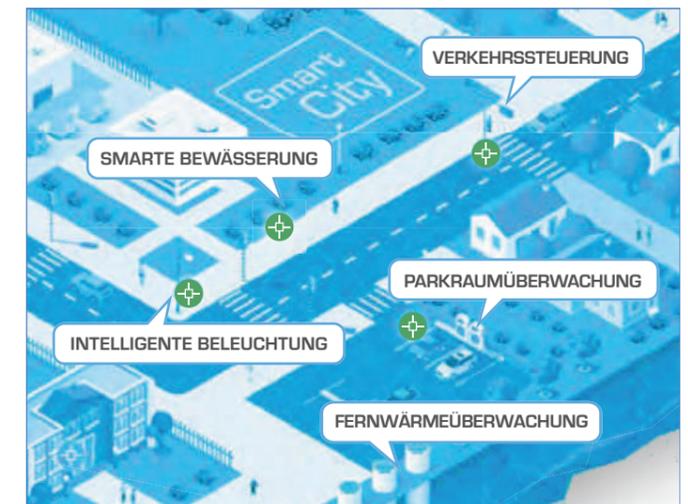
„Wir Kommunen müssen bei den anstehenden Herausforderungen deutlich mehr bei den Entscheidungsfindungen berücksichtigt werden.“

nigung bei den gesetzlich vorgegebenen Genehmigungsverfahren. Nur so kann Deutschland weltweit als attraktiver Standort wettbewerbsfähig bleiben.

WirKommunalen: Ist das realistisch?

Michael Salomo: Wir Kommunen müssen bei den anstehenden Herausforderungen deutlich mehr bei den Entscheidungsfindungen berücksichtigt werden, insbesondere dann, wenn wir für die Realisierung und Umsetzung verantwortlich sind. Sollten die gesetzgebenden Institutionen dem nicht in ausreichender Form nachkommen, sehe ich die Spitzenverbände Deutscher Landkreistag, Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund in der Pflicht, die Interessen unserer Kommunen und letztendlich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Zweifelsfall juristisch einzufordern, um einen Systemcrash abzuwenden.

ANZEIGE



Für smarte Kommunen.

Ihre Chance: Platzieren Sie sich jetzt als regionaler Infrastrukturdienstleister. Auf der Basis von LoRaWAN bietet sich Kommunen eine Vielzahl an neuen Geschäftsfeldern im Umfeld des Internet-of-Things.



co.met
www.co-met.info

Frische Luft und hitzige Debatten

Amtsträger auf Auslandsmission und ein Staatssekretär, der für die Wärmewende begeistern will: Bei der Jahreskonferenz des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen in Berlin treffen sich Menschen, die sich sonst wohl nie begegnet wären.

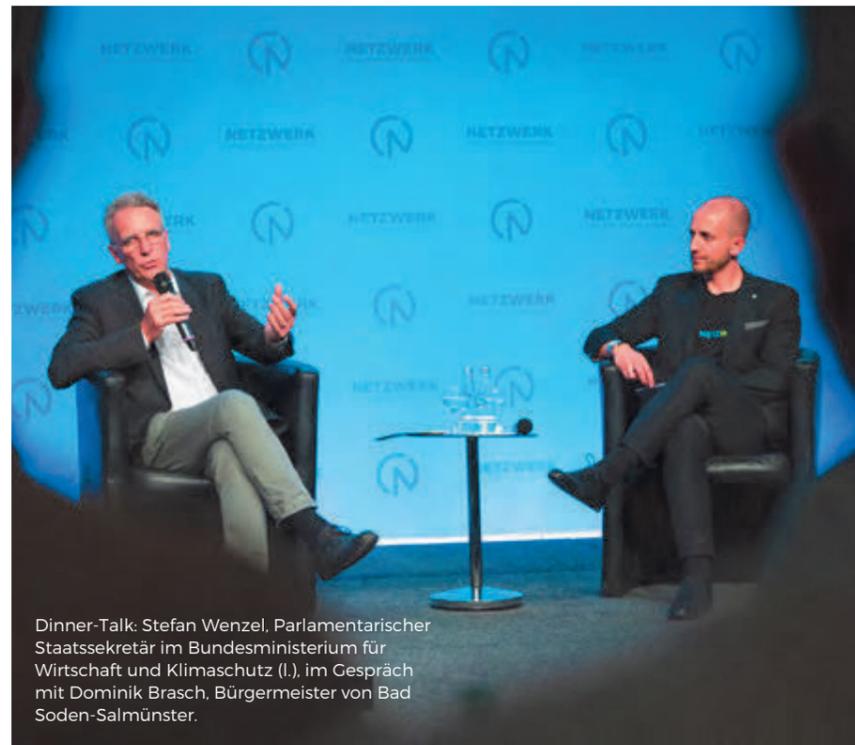
VON COSIMA SCHMIDT



EINDRÜCKE VOM AUFTAKTABEND

Dies ist ein Ort, der Leute zusammenbringt. Junge und fast noch junge Menschen umarmen sich, lächeln sich zu, nicken in die Runde, viele kennen sich noch aus dem letzten Jahr. Gläser klirren, Schorlen sprudeln, die Stimmung ist gelöst, als an diesem Abend Mitte Juni im Berliner Umweltforum das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen seine dritte große Jahreskonferenz beginnt. Menschen, die es qua Amt gewöhnt sind, stets im Mittelpunkt zu stehen, tauchen in die Menge ein, können sich sicher sein: Hier weiß jeder, was dein Amt so großartig und so herausfordernd macht.

Es ist auch ein Abend, der Menschen ins Gespräch bringt, die sich sonst nie begegnet wären. „Als ich vor 30 Jahren in der Schule Deutsch lernte, sagte mir niemand, dass ich einmal vor solch einem Publikum sprechen würde“, sagt Ostap Protsyk von „Cities 4 Cities / United 4 Ukraine“, der bei der Eröffnung auf die Bühne geladen ist. Er lässt den Blick schweifen über die fast 200 Menschen aus Deutschland, Österreich und seiner Heimat, die sich für die Konferenz eingefunden haben. Mit einer Gruppe ukrainischer Bürgermeister*innen ist Protsyk nach Berlin gereist. Sie wollen sich über ihr Amt austauschen, für Städtepartnerschaften werben, daran erinnern, wie sehr dieser Krieg auch am politischen Selbstverständnis rüttelt: Demokratie sei wie Sauerstoff, sagt Protsyk. Man wisse sie erst so richtig zu schätzen, wenn Leute



Dinner-Talk: Stefan Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (I.), im Gespräch mit Dominik Brasch, Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster.

versuchen, sie einem vorzuenthalten. „Das Fest ist für uns wie frische Luft“, sagt Natalya Petrenko, Bürgermeisterin von Shulhynka in der Region Luhansk. Ihrer Gemeinde kann sie derzeit nur aus der Ferne beistehen. Der Ort ist unter russischer Besatzung, Petrenko musste in ukrainisch kontrolliertes Gebiet fliehen.

Ein bisschen hätten sich die Menschen hierzulande schon daran gewöhnt, dass es diesen Krieg gebe, sagt Julia Samtleben, Bürgermeisterin der Gemeinde Stockelsdorf, die als 1. stellvertretende Bundesvorsitzende das Netzwerktreffen eröffnet. Umso wichtiger seien solche Begegnungen: Wer Menschen kennt, deren Verwandte gerade im Luftschutzbunker sitzen, blickt anders auf diesen Krieg.

Dies ist auch der Abend, der das Thema setzt, das viel diskutiert werden wird bei dieser Tagung, auf der Bühne wie an Buffet und Stehtisch: die Frage, wie kommunale Wärmeplanung umgesetzt werden kann. Zum Dinner-Talk geladen ist Stefan Wenzel von den Grünen, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft

und Klimaschutz. Von einer Abstimmung im Bundestag herbeigeeilt, stellt er sich den Fragen von Dominik Brasch, Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster und Vize-Bundesvorsitzender des Netzwerks. „Ich war selber lange stellvertretender Bürgermeister“, erzählt Wenzel. Zwar nur in einem Dorf, aber die Zeit

„Das Fest ist für uns wie frische Luft.“

fand er politisch „fast am intensivsten. Man war für alles zuständig und Ansprechpartner, auch wenn man längst Feierabend hatte.“ Als Bürgermeister brauche man ein dickes Fell. Und immer dränge die Frage: Reicht das Geld?

Bei der Energiewende gehe es um weit mehr als um Umweltschutz. Es gehe um die Zukunft unseres Landes, so Wenzel. Ein Ziel sei, die „Energiesouveränität zu stärken“ – sich unabhängiger zu machen von russischem Öl, chinesischen Solarmodulen und überhaupt von Ländern, in denen Demokratie gar nicht oder nur auf dem Papier existiert. Vor allem aber müssten „alle Ebenen zusammenarbeiten“, damit Deutschland die Klimaziele erreicht. Die Kommunen spielten dabei eine entscheidende Rolle. Dass dies sehr viel Geld koste, sei kein Gegenargument: „Nichthandeln kann teurer sein als Handeln.“ Gerade werde manche Diskussion überhitzt geführt. So gehe es nicht darum, in einem Jahr alle Heizungen auszutauschen: „Wir reden über ein Generationenprojekt, über die nächsten 25, 30 Jahre. Was es braucht, ist ein Verständnis, wo wir hinwollen, als Kommune, als Bundesland, als Land.“

Sein Rat für die kommunale Praxis: Redet miteinander, auch über Parteigrenzen hinweg. Denn er habe erlebt, dass man auf persönlicher Ebene in allen demokratischen Parteien Leute finde, mit denen man zusammenarbeiten kann. Und lasst euch von Experten beraten. Wenzel verweist etwa auf das Kompetenzzentrum kommunale Wärmewende in Halle und die Landesenergieagenturen, die gute Ansprechpartner seien. „Aber ich weiß natürlich auch, dass das eine gewaltige Aufgabe ist“, sagt der Staatssekretär.

Eine Aufgabe, die zumindest für diesen Abend nur noch im kleinen Kreis diskutiert wird. „Gutes Netzwerken“ wünscht die Moderatorin, als sie den offiziellen Teil des Abends beendet. Eine Aufforderung, der gerne und bis in die Nacht hinein nachgegangen wird.



ANZEIGE

Flexible Zisternen

Die zuverlässige Wasserreserve

Große Hitze und anhaltende Trockenheit erhöhen spürbar die Brandgefahr in vielen Regionen und damit auch die Anforderungen an die Löschwasser-versorgung. Flexible Zisternen sind eine sichere, kostengünstige und schnell umsetzbare Lösung. Wir beraten Sie gern und zeigen Ihnen auch weitere Einsatzmöglichkeiten der Wasserzisternen, z.B. um Regenwasser für die Bewässerung von Sport- und Grünanlagen zu speichern.

veolia.de/loeschwasserzisternen

E-Mail: de.wasser.zisternen@veolia.com

Maßanfertigungen bis
2000 m³

Besuchen Sie uns gern an unserem Messestand:
Halle 2 · Stand B9

FLORIAN

Fachmesse für Feuerwehr, Zivil- und Katastrophenschutz

12. – 14.10.2023
MESSE DRESDEN



VEOLIA



Das obligatorische Gruppenfoto darf nicht fehlen.

Feierliche Unterzeichnung
der PartnerschaftsvereinbarungInformationen,
Diskussionen
und Grußworte

Wege in die Zukunft

Von Straßenbeleuchtung über Klimaschutz bis zu Vorbildern im Stadtrat: Am zweiten Tag des Jahrestreffens gab es viel zu erfahren und viel zu diskutieren. Und eine Partnerschaft, die Grenzen überschreitet.

Wer am Haupttag des Netzwerktreffens das Umweltforum betritt, sieht sogleich: Heute geht es förmlicher zu als am Vorabend. Im Saal stehen jetzt Stuhlreihen, auf jedem Sitz liegen ein Kuli und ein Notizbuch. Statt gut gekühltem Bier gibt es dampfend heißen Kaffee. Der Blick aufs Programm lässt erahnen: Dies wird ein intensiver Tag, voll mit Impulsen und Diskussionen.

Als erster Redner des Tages indes erscheint auf den Leinwänden kein Bürgermeister, sondern ein allen bekanntes Gesicht. „Sie beweisen Tag für Tag: Junge Politikerinnen

und Politiker bringen neue, frische Perspektiven ins politische Geschehen“, sagt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und zählt Projekte auf, die junge Menschen initiiert haben. Als ehemaliger Bürgermeister wisse er: „Es gibt kaum eine schönere Aufgabe, als etwas in und für seine Stadt zu bewegen. Und es gibt viel zu bewegen. Die Digitalisierung unserer Behörden, der Fachkräftemangel, die Energie- und Wärmewende. All das sind Themen, bei denen wir in Bund, Ländern und Kommunen noch enger zusammenarbeiten werden.“ Scholz greift damit einen Faden auf: Am Vorabend hatte sich CDU-Vorsitzender Friedrich Merz mit einem Videogruß an das Netzwerktreffen gewandt.

„Junge Politikerinnen und Politiker bringen neue, frische Perspektiven ins politische Geschehen.“

Überhaupt setzt sich vieles fort, was am Vortag begonnen wurde. Auch heute kreisen viele Diskussionen um die Energiewende. Selbst die Location, an der all dies stattfindet, passt zum Thema. Das Umweltforum ist eine ehemalige Kirche, ökologisch umgebaut. Heute hat sie nicht nur viel Raum für diskussionsfreudige Lokalpolitiker*innen, sondern auch Solarfassade, Photovoltaikanlage, Lehmputzwände und ein begrüntes Dach, auf dem Bienenstöcke wohnen.

Vor allem zwei Fragen sind es, die immer wieder in Varianten gestellt werden: Wenn Verwaltungen ohnehin überlastet sind, vielerorts Fachkräfte fehlen – wer soll sich da in kommunale Wärmeplanung einarbeiten und Förderanträge ausfüllen? „Wir haben schon Probleme, Reinigungskräfte zu kriegen, wie sollen wir da einen Klimaschutzbeauftragten finden?“, fragt etwa ein Bürgermeister aus dem ländlichen Niedersachsen. Und selbst wenn die Verwaltungen gut aufgestellt sind: Wenn zig Kommunen gleichzeitig Wärmepläne erstellen sollen – gibt es da überhaupt genügend Fachleute, die sie beraten können, was zu tun ist?

Einige Impulse geben Axel Dosch und Martin Laun vom Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende der Dena. Sie informieren nicht nur über aktuelle Gesetzespläne, sie geben Kommunen auch eine Art Leitfaden an die Hand. Als erstes, so Laun, sollte man sich einen Überblick verschaffen, wo es überhaupt Bedarf für Wärmeplanung gibt. Dann überlegen, wo vor Ort die Potenziale liegen. So könnten Flächen, die in der Nähe eines Flusses liegen, für Flusswärmepumpen genutzt werden. Der dritte Schritt wäre, das Zielszenario zu beschreiben, der vierte, konkrete Maßnahmen festzulegen und einzuleiten. Dies alles werde dann im Wärmeplan zusammengefasst. Alle fünf Jahre sollte dann ein Monitoring zeigen, ob man seinem Ziel näher kommt oder nachjustieren muss.

Fotos: Sebastian Bolesch

Dosch und Laun raten auch, sich jetzt schon „auf die Planungsbüros zu stürzen und nicht zu warten, bis es alle machen“.

Auch wenn die Wärmewende gerade viele im Saal beschäftigt – wer den Vorstellungsrunden auf der Bühne lauscht oder durch die Räume streift, erhält auch einen Eindruck der Vielfalt, die die Arbeit in den Kommunen ausmacht. Es gibt Dienstleister für intelligente Straßenbaumbewässerung und das intelligente Aufspüren von Schlaglöchern und solche, die individuelle Weihnachtsbeleuchtung entwerfen. Das Gigabitbüro des Bundes präsentiert seine Dienste, etwa das Info-Mobil, das in die Kommunen kommt.

Und neben dem Programm im Hauptsaal gibt es zahlreiche Workshops, in denen sich Bürgermeister*innen mit Fachleuten aus Wissenschaft und Politik zusammensetzen. Sie spüren etwa der Frage nach, wie wichtig Vorbilder in der Kommunalpolitik sind, gerade für junge Menschen, die sich einbringen wollen, aber erleben, dass in den Stadträten eher ältere Männer sitzen. Oder wie man als junger Mensch seine Kommune für die Zukunft rüstet. Und wie man die Demokratie stärkt, gerade in Regionen, in denen immer mehr Menschen entweder rechtsextrem wählen oder erst gar nicht zur Wahl gehen.

Die Beiträge machen auch deutlich, wie sehr sich die Lebenswelten der Bürgermeister*innen unterscheiden: Manchen wird Gewalt angedroht; selbst die Kinder werden auf der Straße angefeindet. Andere müssen eher den Alltagsfrust auffangen, etwa wenn die Bürger drei Monate auf einen Termin

im Bürgeramt warten müssen. Oder wenn es Jahre braucht, bis das neue Schwimmbad eröffnet, der Radweg gebaut ist. Es gebe auch ein gewisses Anspruchsdenken, so ein Bürgermeister. In einer Zeit, in der Menschen es gewohnt sind, heute im Internet zu bestellen und morgen wird geliefert, sei es schwer zu vermitteln, dass kommunale Prozesse dauern.

Und dennoch wirkt hier niemand so, als würde er sein Amt am liebsten hinwerfen. Im Gegenteil. Der mit 84 Jahren älteste Teilnehmer der Tagung, der Publizist Johano Strasser, fasst seine Eindrücke so zusammen: Hier seien „viele junge Politiker, die nicht bedrückt herumschleichen, sondern Zukunft gestalten wollen“.

*„Bürgermeister*innen, die nicht bedrückt herumschleichen, sondern Zukunft gestalten wollen.“*

Am Nachmittag dann wird die Stimmung festlich. „Heute begehen wir symbolisch, was wir seit Monaten vorbereiten“, freut sich Dominik Brasch, Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster. Die hessische Kurstadt und das ukrainische Tschortkiw, vertreten durch den Bürgermeister, Volodymyr Shmatko, werden offiziell Partnerstädte.

Bereits im vergangenen Jahr habe man erste Kontakte geknüpft, erzählt Dominik Brasch. „Es gab familiäre Bezüge, über eine Familie, die schon sehr lange bei uns wohnt. Wir haben

überlegt: Wie könnte eine Partnerschaft aussehen? Wir wollen ein Jugendcamp durchführen für Kriegswaisen oder Kinder, deren Väter im Krieg kämpften.“ Und natürlich die Ukraine mit Hilfsgütern unterstützen. Die neue Partnerstadt benötigt dringend Schulkantinenausstattung, ein Röntgengerät und ein Müllfahrzeug. „Vorbildlich“ sei hier die Zusammenarbeit mit dem Bund: Der stellt die Mittel und besorgt die Güter zentral, den Transport in die Ukraine organisieren Menschen aus Bad Soden-Salmünster ehrenamtlich.

Zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags ist auch der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev ins Umweltforum gekommen. Makeiev betont nicht nur, wie wichtig Partnerschaften auf Ebene der Städte und Gemeinden sind. Er hebt auch hervor, wie wichtig starke Kommunen für den Wiederaufbau und die politische Zukunft seines Landes sind.

„Seine Anwesenheit war eine echte Bereicherung, für die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland wie aus der Ukraine“, sagt Martin Aßmuth, Bürgermeister von Hochstetten und der Ukraine-Beauftragte des Netzwerks. Besonders wichtig findet er, dass man sich beim Wiederaufbau an deutschen Best-Practice-Beispielen orientieren möchte. „Hier brauchen wir das Know-how und die Unterstützung von uns kommunalen Praktikern.“

Brasch hebt auch einen anderen Wunsch hervor: dass bald noch mehr Menschen beider Länder Freundschaft schließen.

Frisch im Amt – und jetzt die Verwaltung umkrepeln?

Gedanken zu Veränderungsprozessen als Neuling im Rathaus.



In den ersten Wochen und Monaten als junger Bürgermeister wird man ganz sicher mit Themen konfrontiert, die einem bislang noch unbekannt waren. Sicher ist, dass aufgrund dieser Umstände die Einarbeitung mit hohem Aufwand verbunden ist, den man ja auch gern investiert. Dennoch kommt eher früher als später die Frage auf, ob wirklich alle Vorgänge über den Schreibtisch des Bürgermeisters gehen müssen. Man ist versucht, Prozesse zu ändern, um sich auf wichtige Themen, Sitzungen oder Gestaltungsprozesse zu fokussieren oder schlicht von der 80-Stunden-Woche herunterzukommen.

Die Frage, ob und wann organisatorische Änderungen für neue Chefs opportun sind, beschränkt sich auch nicht auf kommunale Leitungsfunktionen. Dennoch muss sich eine neue Führungskraft bewusst sein, dass ihr Verhalten am Anfang besonders beobachtet wird. Wenige Mitarbeiter werden Veränderungen erwarten, viele Sorge vor großen Veränderungen oder neuen Prozessen haben.

Die Effekte verstärken sich vermutlich, wenn der oder die Neue Quereinsteiger*in ist und jünger als sonstige Führungskräfte.

Dennoch sind Änderungen legitim, in vielen Fällen sogar geboten. Als beispielhafte Fragestellung könnte gewählt werden, ob alle Baugenehmigungen auf dem Tisch des Entscheiders landen müssen. Wichtiger als die schiere Menge der Baugenehmigungen bzw. des Arbeitsaufwands auf dem eigenen Schreibtisch sollte hier die Frage des Inhalts sein.

Laufen denn die Genehmigungen inhaltlich im Sinne des Entscheidenden? Wird man als Bauverhinderungsbehörde gesehen? Wenn gute Projekte an Pedanterie scheitern, obwohl der Entscheider persönlich das „Risiko“ im gesetzlichen Spielraum eingehen würde, wäre es schlecht. Die Antwort auf diese Fragen wird sich kaum innerhalb von wenigen Wochen geben lassen, da die Stichprobe für einen Überblick zu klein wäre.

Auch kann die Antwort nicht für jede Verwaltung pauschalisiert werden, da organisatorische Aufhängung sowie Qualität und Motivation der zuständigen Sachbearbeitenden ämterübergreifend variieren. Ziel ist es also, den eigenen Weg zu finden.

Ein wertschätzender Veränderungsprozess bzw. eigener Weg für neue Führungskräfte soll im Folgenden aufgezeigt werden:

1. Frage, warum der aktuelle Prozess so läuft bzw. wie es im Haus als Prozess gesamthaft geregelt ist. Es ist einfach, man ist ja der oder die Neue. Keine Scheu, sich mit Fragen eine Blöße zu geben. Schwächen sind menschlich.
2. Mache den Prozess so mit, wie er läuft. Motto: Sehen, verstehen, mitmachen.
3. Beobachte den Prozess, ob es inhaltlich passend läuft (Bsp. Bauverhinderungsbehörde) und ob die Begründung aus 1., die man bekommen hat, stichhaltig ist.
4. Frühestens nach sechs Monaten, eher später, fängt man an, Prozesse zu ändern.
- 5a. Wenn es inhaltlich gut läuft, kann Mitarbeitenden mehr Vertrauen/Kompetenz gegeben und dies auch gut begründet werden. Weil ohnehin nie eingegriffen, überstimmt oder Rücksprache gehalten werden musste?
- 5b. Wenn es inhaltlich nicht optimal läuft, sind Gespräche mit den Key Playern, Dezernenten, Fachbereichsleitern oder sogar Meinungsführern auf Sachbearbeiterebene in Abstimmung der jeweiligen Führungskraft sinnvoll. Klärende Gespräche, wie der Inhalt in der eigenen Vorstellung aussieht. Dann zurück zu 3. über 4. bis zu 5a.

„Wenn gute Projekte an Pedanterie scheitern, obwohl der Entscheider persönlich das ‚Risiko‘ im gesetzlichen Spielraum eingehen würde, wäre es schlecht.“

Das Vorgehen sollte dazu führen, vorschnelle Veränderungen zu vermeiden, deren Inhalt oder Tragweite noch nicht eingeschätzt werden kann. Mehrfache Prozessanpassungen sollten insbesondere in der ersten Zeit des Dienstes vermieden werden, um keinen Unmut oder auch Mehraufwand zu schaffen. Die Stabilität und Sicherheit werden Mitarbeitende schätzen. In der Regel wollen Bürgermeister Veränderungen in der Kommune schaffen und Projekte umzusetzen, nicht die Verwaltungsorganisation verändern. Und genau das kann man den Mitarbeitenden auch so kommunizieren. Explizite Veränderungswünsche der Mitarbeitenden können natürlich genauso auf der Beobachtungsliste landen wie eigene Feststellungen.

Vorschnelle Veränderungen vermeiden

Werden dann Veränderungsprozesse angeschoben, ist der große Vorteil, diese auf Basis von eigenen Erfahrungen und Beispielen verargumentieren zu können. Darüber hinaus bieten extern veranlasste, notwendige Änderungen auch die Chance für Änderungen (Kündigung, Sabbatical, Elternzeit, Mehrauf-

gaben durch Zuweisung o.Ä.), die ohnehin auf der Beobachtungsliste stehen. So kann man offensichtlich notwendige Veränderungen, wie die Besetzung einer offenen Stelle, auch mit einer Aufgabenverschiebung verbinden, die man selbst als notwendig erachtete. Dies kann man gut kommunizieren und vorab mit den jeweiligen Führungskräften wertschätzend gemeinsam erarbeiten.

Lässt man sich mit den ersten internen Veränderungen ein wenig Zeit, kann man zunächst ein paar Erfolge bei politischen Projekten liefern und die mit den Mitarbeitenden feiern, um Sicherheit zu geben und Vertrauen zu schaffen. Die Betonung, dass die Sachbearbeitenden die Spezialisten sind und bleiben, gibt zudem Vertrauen.

Mit erfahrenen, änderungsbereiten, vorwärtsgewandten Führungskräften im eigenen Haus, die jedem Bürgermeister zu wünschen sind, können zudem Änderungsvorschläge gemeinsam erarbeitet oder eigene Ideen dort in die Qualitätssicherung gegeben werden. Mit verbündeten, erfahrenen Führungskräften wird das Risiko vermieden, einen Prozess

neu aufzusetzen, der nicht funktioniert oder nicht akzeptiert wird.

Der einzige – nicht unerhebliche – Nachteil dieses Vorgehens liegt auf der Hand. Zumindest eine gewisse Zeit lang müssen schlecht laufende Prozesse akzeptiert werden und die entsprechende Arbeitslast und Verantwortung ist selbst zu tragen. Die Zeit des Aushaltens wird sich aber mittelfristig bezahlt machen, weil Veränderungen dann nachhaltig sind und vom Team getragen werden. Darüber schafft man es aber dauerhaft, den eigenen Arbeitstag zu entlasten.



MARCUS MEYER
Bürgermeister,
Flecken Steyberg

Foto: Gemeinde Flecken Steyberg

ANZEIGE

Verbessern Sie die Bürgerkommunikation in Ihrem Ort mit einer eigenen App!

Jetzt gratis Test-App erhalten:
orts-app.de/kostenlos-testen



Teilen Sie Infos & News schnell und direkt mit Ihrer Gemeinde über Ihre eigene Orts-App!

Besuchen Sie uns auf der KOMMUNALE 2023 am 18. & 19.10. in Nürnberg in Halle 9, Stand 129!





Breitbandausbau abgeschlossen

Erfahrungen aus Ellenberg

Die Verfügbarkeit einer leistungsstarken Internetanbindung entscheidet heute maßgeblich über die Attraktivität und die Qualität einer Kommune.

Der Breitbandausbau spielt eine zentrale Rolle in der Sicherstellung eines reibungslosen digitalen Zugangs für alle Bürgerinnen und Bürger. In Ellenberg haben wir diesen Ausbau erfolgreich abgeschlossen und möchten von unseren Erfahrungen sowie den Auswirkungen auf die Einwohner berichten.

Unsere Gemeinde ist eine der ersten Kommunen in Baden-Württemberg, in der ein flächendeckendes Breitbandnetz geschaffen wurde. Jeder unserer 21 Ortsteile bzw. Wohnplätze wurde an das Netz angeschlossen. Das bedeutet, auch die Wohnplätze mit nur einer Hofstelle haben nun einen Glasfaserschluss. Seitens unserer Bevölkerung kam sehr viel Zuspruch zum Ausbau des Glasfasernetzes.

Begonnen hat der Ausbau des Netzes bereits im Jahr 2011. Zu diesem Zeitpunkt wurden mithilfe eines ELR-Zuschusses die ersten Leerrohre im Gemeindegebiet verlegt. 2016/2017 wurden daraufhin im Zuge der Gaserschließung weitere Leerrohre in den Hauptorten der Gemeinde verlegt und gefördert. Der Kabeinzug für die ersten Hausan-

schlüsse fand 2018/2019 statt. Hierfür haben wir jedoch kaum Fördergelder erhalten, sodass die Gemeinde hohes Eigenkapital für den Ausbau aufbringen musste.

2018/2019 wurden ebenfalls, wieder im Zuge der Gaserschließung, Leerrohre in weiteren Teilorten verlegt. Ab 2020 fanden wiederum Leerrohrverlegungen im Zuge einer Abwassermaßnahme statt. Ab 2021 wurde der restliche Glasfaserausbau im gesamten Gemeindegebiet sowie der Kabeinzug in alle vorhandenen Leerrohre in Angriff genommen. Hier hat uns das Förderprogramm „Weiße Flecken“ (90% Förderung Bund/Land) ermöglicht, alle noch nicht erschlossenen Teilorte kostengünstig an das Glasfasernetz anzuschließen.

Insgesamt haben wir über 600 Haushalte ans Glasfasernetz angeschlossen. Wir haben hierfür 2,5 Mio. Euro investiert und ca. 50 % Förderung über Bundes- und Landeszuschüsse erhalten.

Die bürokratischen Hürden für den Breitbandausbau sind sehr hoch – auch aufgrund vieler verschiedener Fördertöpfe – und als kleine Kommune nicht zu bewältigen.

Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Ostalbkreis und viel Unterstützung der Fördergeber konnten wir einige Hürden überwinden. Der endgültige Abruf der Fördergelder steht nun unmittelbar bevor.

Bei nahezu jeder Verlegung im Gemeindegebiet wurden Synergieeffekte genutzt. In jedem Ortsteil wurde geprüft, ob auch andere Leitungen saniert oder neue Leitungen mitverlegt werden können, um so den optimalen Nutzen der Baumaßnahme zu erzielen.

„Der Breitbandausbau legt den Grundstein für eine digitale Zukunft in Ellenberg.“

Wir sind froh, dass unsere ländliche Gemeinde beim Ausbau „nicht unter den Tisch gefallen“ ist und wir diesen wichtigen Schritt in die Zukunft gegangen sind. Jedoch war der Ausbau nur eigenwirtschaftlich möglich, da sich trotz Markterkundungsverfahren kein Anbieter für den Ausbau bereit erklärt hat. Das Netz ist somit im Besitz der Gemeinde und wurde an einen Netzbetreiber verpachtet. Die Gemeinde generiert nun jährliche Pachteinnahmen.

Der Anschluss an das Glasfasernetz bringt für die Kommune natürlich Vorteile. Schnelles Internet ermöglicht nun Heimarbeit, Online-

bildung, Videokonferenzen und ein besseres Unterhaltungserlebnis. Vor allem die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig eine gute Internetverbindung ist. Neben der Möglichkeit von Homeoffice konnten auch viele Schülerinnen und Schüler und Studierende bequem und problemlos von zu Hause lernen.

Ein leichtes Grinsen hatten wir im Gesicht, als die ersten Bürger die Rückmeldung gaben – „Meine Enkel kommen zu uns aufs Dorf, um den Onlineunterricht mitmachen zu können, da in der Stadt die Internetverbindung zu schlecht ist.“

Der abgeschlossene Breitbandausbau hat das Leben unserer Einwohner nachhaltig verbessert. Der Breitbandausbau legt den Grundstein für eine digitale Zukunft in Ellenberg. Er ermöglicht uns, die Chancen der digitalen Welt auch in unserer ländlichen Gemeinde voll auszuschöpfen und unsere Gesellschaft weiter voranzubringen. Der Breitbandausbau war eine lohnende Investition für unsere Gemeinde.



Foto: Gemeinde Ellenberg

ANNA-LISA BOHN
Bürgermeisterin,
Ellenberg

ANZEIGE

STANDARD IST MAN NICHT. STANDARDS SETZT MAN.

Seit über 10 Jahren verlegen wir Glasfaser im minimal-invasiven Ausbaufahren. Die neue DIN 18220 regelt den Glasfaser-Ausbau und wird zum Branchenstandard. Schon heute profitiert Ihre Kommune von unserer Erfahrung. Wenn auch Sie den Glasfaser-Ausbau in Ihrer Region vorantreiben möchten, beraten wir Sie gerne: deutsche-glasfaser.de/kommunen

Gemeinsam Großes gestalten.

Deutsche Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH · 40463 Düsseldorf



Fotos: Markus Brenner

Ortstermin auf dem Schulhof:
Jugendkoordinator Dirk
Hakelberg, Architektin und
Schulbauberaterin Kristin
Bartels, Bürgermeisterin Julia
Samtleben, Bauamtsleiter
Jan-Christian Ohm und
Architekt Stefan Middeler (v. l.).

Schule neu denken

Nachhaltig und digital. Stockelsdorf baut seine Schulen für den Bedarf von morgen um.

Viele Kommunen in Deutschland stehen vor der Frage, wie die ideale Schule künftig aussehen soll. In Stockelsdorf (17.500 Einwohner) haben wir für alle vier Schulstandorte (drei Grundschulen, eine Gemeinschaftsschule) eine Schulbauplanerin mit einer Konzeptstudie beauftragt. Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern, die Ganztagsbetreuer*innen und die Schulsozialarbeiter*innen haben zunächst gemeinsam ein Idealbild der Schule der Zukunft entworfen.

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten 200 Jahren rasant entwickelt. Unsere Arbeitswelt, wie wir wohnen, unsere Freizeitgestaltung, alles hat sich verändert. Nur Schulen sehen im Wesentlichen noch genauso aus wie damals. Auf Frontalunterricht ausgerichtete Klassenräume, alle Blicke zum Lehrerpult, auf die Tafel ausgerichtet. Das wollen wir in Stockelsdorf ändern. Kinder halten sich heute in der Regel jeden Tag viel länger in der Schule auf als noch vor 40 oder 50 Jahren. Manche

gehen morgens um sieben oder halb acht in die Betreuung und werden um 16 oder 17 Uhr abgeholt. Für diese langen Tage müssen Schulen anders gebaut und gestaltet werden.

Digitaler Unterricht kann und darf nicht genauso ablaufen wie analoger. Unsere Schulen sind alle mit modernen Smartboards, W-LAN und digitalen Endgeräten ausgestattet. Im modernen Schulunterricht sollen Schüler*innen sich den Stoff selbst

erarbeiten, in Gruppen oder alleine. Der klassische Frontalunterricht sollte überholt sein. Dafür braucht sinnvoller Unterricht und eine moderne Schule Rückzugsorte, Differenzierungsräume, Ruhe/Snoozleräume, moderne Fachräume, Sitzcken, Bistro-/Mensalösungen, Raum für Kreativität, Sport usw.

„Alles hat sich verändert. Nur Schulen sehen im Wesentlichen noch genauso aus wie vor 200 Jahren.“

Alle unsere Grundschulen haben inzwischen 85 bis 90 Prozent der Kinder in der Nachmittagsbetreuung. Im Wesentlichen halten sich die Kinder aber noch in den gleichen alten Klassenräumen auf, die früher nur von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr genutzt wurden. Gemeinsam mit der Schulbauexpertin Kristin Bartels aus Hamburg haben wir uns die Aufgabe vorgenommen, Schule neu zu denken. Wichtig ist mir dabei, dass alle Räume sowohl vormittags als auch nachmittags genutzt werden. Nachhaltige Raumgestaltung und nicht zwei Einrichtungen – also Schule und

Nachmittagsbetreuung/Hort in einer. An der ersten Schule beginnen wir jetzt mit der Umsetzung. Die Erich Kästner-Grundschule, eröffnet 1991, platzt aus allen Nähten. Es gibt eine Küche und einen Raum zum Essen, aber alle Fachräume wurden über die Jahre aus Platzmangel nach und nach in Klassenräume umgewandelt. Wir werden die Schule in zwei Bauabschnitten um insgesamt knapp 1200 m² erweitern und in sinnvolle Abschnitte unterteilen: Gemeinschaftsbereiche, reine Lernbereiche, Verwaltung und Themenräume.

Die Kosten der Planungsphase 0 und die Konzeptstudie waren für drei unserer Schulen förderfähig. Der Umbau und die Erweiterung der Erich Kästner-Grundschule werden rund 8 Millionen Euro kosten. Wir hatten möglichst lange ausgeharrt, um auf die entsprechende Förderrichtlinie zu warten und nicht wegen vorzeitigen Maßnahmenbeginns ausgeschlossen zu werden. In einem Vorentwurf hatte das zuständige Ministerium 5.000 Euro pro Platz in Aussicht gestellt. Die meisten Kommunen in den schleswig-holsteinischen „Speckgürteln“ rund um Hamburg, Kiel und Lübeck erfüllen den Rechtsanspruch schon

jetzt. Aber eben halb provisorisch. Eine Förderung pro Platz bringt uns daher wenig. Sinnvoller wäre es, individuelle Projekte mit einer angemessenen Quote zu fördern. Oder uns Kommunen nach dem Finanzausgleich so auszustatten, dass wir die immer neuen Aufgaben finanzieren können. Nichtsdestotrotz können wir nicht länger warten.

Wir müssen und wollen die Schulen in der wachsenden Gemeinde Stockelsdorf zukunftssträhig gestalten – unsere Schule der Zukunft bauen.



JULIA SAMTLEBEN
Bürgermeisterin,
Stockelsdorf

Foto: Gemeinde Stockelsdorf

ANZEIGE

Infrastruktur clever erhalten mit

Der Erfolg kommunalen Erhaltungsmanagements hängt von den Zustandsdaten ab. Diese zu erheben und zu pflegen, frisst in Bauämtern wertvolle Zeit, die besser in die Umsetzung von Maßnahmen gesteckt werden kann. Mit vialytics verwalten Kommunen ihre Straßen in einem intelligenten System.

Wie der Sprung im Erhaltungsmanagement auf eine digitale Lösung gelingt, zeigt die schwäbische Gemeinde Urbach. Volker Steiner, ausgebildeter Straßenbaumeister und zuständig für deren Instandhaltung, berichtet über die Zeit vor vialytics, von schweren Ordnern mit Lageplänen, in die Schäden mit Textmarkern eingetragen wurden. Jetzt überblickt er alle Daten in einer Web-Oberfläche. „Die Einführung von vialytics ist für mich eine erhebliche Erleichterung“, bekräftigt er.



Schluss mit Zettelwirtschaft! Das vialytics System ersetzt die herkömmliche Streckenkontrolle mit Stift und Papier.

läufe und Straßenschilder dank künstlicher Intelligenz. Weitere Gefahrenstellen können per Lenkradknopf dokumentiert werden. Damit ersetzt vialytics die herkömmliche Streckenkontrolle mit Stift und Papier.

Alle gesammelten Daten landen im Web-System am Rechner. Im Kartenmodus lassen sich Straßenschäden und Gefahrenstellen detailliert anzeigen und in eine Planungsansicht überführen. In dieser Liste überblickt Volker Steiner alle Maßnahmen vom Vollausbau bis hin zu Belagsarbeiten. Das findet auch der Urbacher Gemeinderat spannend, der dank aktueller Daten objektiv Entscheidungen für Sanierungsmaßnahmen treffen kann.

Urbach ist als Vorreiter für Digitalisierung kein Einzelfall: Über 300 Kommunen in Europa und den USA arbeiten mit vialytics, um ihre Infrastruktur besser in Schuss zu halten. Patrick Glaser, CEO und Co-Gründer des Stuttgarter Unternehmens, erklärt den Bedarf an der digitalen Lösung: „vialytics hilft Kommunen, ihre Straßen effizienter zu verwalten und das meiste aus dem kommunalen Haushalt herauszuholen.“



vialytics Experte Christian Wehle (links) erklärt Volker Steiner, verantwortlich für die Straßeninstandhaltung in Urbach, die neuesten Funktionen der Smartphone-App.



Ist das vialytics Smartphone an der Windschutzscheibe befestigt, wird die Streckenaufzeichnung mit einem Klick gestartet.

Fotos: ©vialytics GmbH



Das Rathaus, eine Männerdomäne?!

Unser Land ist voll von engagierten, gut ausgebildeten Frauen. Aber noch immer ist der „Herr Bürgermeister“ der Regelfall. Woran liegt's? Eindrücke von Frauen, die es ins Amt geschafft haben.

VON COSIMA SCHMIDT

Bürgermeister*in, das ist auch heute noch meist ein Männerberuf. Laut einer Forsa-Umfrage war 2020 nicht einmal jeder zehnte Mensch in diesem Amt eine Frau. Nur wenig besser ist das Bild in den Stadt- und Gemeinderäten. Selbst beim Jahrestreffen des Netzwerks sind deutlich mehr Männer als Frauen im Saal. Liegt es an Vorurteilen? Fehlen Vorbilder? Schreckt das Amt ab oder werden Frauen aus der Politik vergrault?

Einige Antworten gibt ein Workshop, in dem Cécile Weidhofer vom Helene Weber-Kolleg mit jungen und ehemaligen Politikerinnen diskutiert. Es gäbe gleich zwei grundsätzliche Probleme, so der Tenor: Zum einen, überhaupt Frauen zu finden, die in die Kommunalpolitik gehen wollen. Zum anderen, die Frauen dann auch in der Politik zu halten. Viele geben nach einiger Zeit entnervt auf. Dies habe auch mit dem Mangel an Vorbildern zu tun. In vielen Stadträten sind Männer tonangebend. Gerne

ältere Männer, die sich keine Gedanken machen, ob sie ein Kind aus der Kita holen müssen oder den Kleinen zumindest noch eine Gute-Nacht-Geschichte vorlesen wollen. „Die wirklich wichtigen Dinge werden gerne abends beim dritten Bier festgezurr“, sagt Lena Weber, Bürgermeisterin in Hermeskeil. Eileen O'Sullivan, hauptamtliche Dezernentin in Frankfurt am Main, berichtet, dass oft beides gegen sie wirkt – dass sie jung ist und dass sie eine Frau ist. Sie werde etwa gefragt: „Und wer ist die Person, die wirklich die Entscheidungen trifft?“

Weidhofer verweist auf eine Studie, in der Politiker*innen gefragt wurden: Wäre Ihr Leben anders verlaufen, wenn Sie ein Mann bzw. eine Frau gewesen wären? Die Ergebnisse unterschieden sich deutlich: Während die Männer mehrheitlich meinten, sie hätten als Frau genauso reüssiert, sagten die Frauen eher: Als Mann wäre mein Leben anders ver-

laufen. Denn nach wie vor werden Frauen kritischer beäugt, wenn sie nach der Macht greifen. Auch im Netz sind sie stärkerer Hetze ausgesetzt, häufig mit sexistischem Tenor. Und Frauen sind weniger in Parteien verwurzelt: Sie engagieren sich eher in Vereinen, Kirchengemeinden oder als Elternsprecherinnen in Schulen und Kitas.

In ihrer Kommune gebe es seit ein paar Monaten einen Arbeitskreis „Frauen und Politik“, erzählt Carmen Krämer, Bürgermeisterin von Monschau. Er soll mehr Frauen ermutigen, die Entscheidungen für ihre Stadt nicht den Männern zu überlassen. Noch überwiegen oft die Hemmungen: „Frauen wurde Bescheidenheit anezogen, sie wollen nicht in der Öffentlichkeit stehen. Und sie tun sich schwerer, sich einer Partei zuzuordnen.“

Krämer hat in Philosophie promoviert und an der Uni gelehrt. Was sie überzeugt habe, ins Rathaus zu wechseln? Dass ihre Vorgängerin zu ihr sagte: „Sonst stehst du vor 30 Stu-

dierenden. Jetzt hast du die Chance, 12.000 Menschen zu erreichen.“ Sie übe ihr Amt sehr gerne aus. Sie hat auch den Eindruck, viele im Ort freuen sich, dass sie nun von einer jungen Frau repräsentiert werden. Aber das Amt beeinflusst ihr Leben grundlegend: „Ich bin mit 36 Jahren in dem Alter, wo Familienplanung ansteht. Aber wie soll das gehen? Ich komme um 22 Uhr nach Hause und bin morgens um sechs wieder weg. Die Kinder hätten gar nichts von mir.“

„Männer werden nie gefragt, wer gerade auf ihre Kinder aufpasst. Ich werde ständig gefragt: Wo ist denn deine Kleine?“

„Männer werden nie gefragt, wer gerade auf ihre Kinder aufpasst. Ich werde ständig gefragt: Wo ist denn deine Kleine?“, sagt Sina Römhild, 25 Jahre jung und Bürgermeisterin der Gemeinde Oechsen im Wartburgkreis. Sie will Frauen ermutigen, in die Politik zu gehen, auch wenn sie Mütter sind.

„Frauen neigen dazu, sich zu unterschätzen. Dabei kann man auch in Sachen hineinwachsen. Ich sag immer: Du brauchst ja nicht gleich Bürgermeisterin zu werden. Aber geh doch in den Stadt- oder Gemeinderat und schau, ob das was für dich ist.“



Carmen Krämer im Gespräch

Es sei nicht nur mangelndes Selbstvertrauen, das Frauen von der Kommunalpolitik fernhalte, sagt Vanessa Gattung, 1989 geboren und Bürgermeisterin von Papenburg. „Frauen werden anders bewertet.“ Da gebe es oft eine ganz schlimme Doppelmoral. Entweder heiße es: „Außer nett lächeln kann sie nichts.“ Oder man greife mal durch und werde dann als herrisch beschimpft. „Als Frau auf diesem Posten steht man unter enormem Druck.“ Gerade weil auf den meisten anderen wichtigen Positionen Männer sitzen. Trotzdem liebe sie ihr Amt: „Man kann so viel erreichen, so viel bewegen in der Stadt, in der man groß geworden ist. Und man kann ein Vorbild sein für die Frauen, die nachkommen.“

ANZEIGE

In 4 Schritten zur klimaneutralen Wärmeversorgung

Um die Weichen für den Weg zur Klimaneutralität in Kommunen stellen zu können, sind genaue Informationen über den Energieverbrauch, die Art der Energieerzeugung und die Möglichkeiten zum Umstieg auf Erneuerbaren Energien notwendig. Die Kommunale Wärmeplanung verpflichtet deshalb, in den kommenden Jahren einen konkreten Fahrplan für den Umbau der lokalen Energieversorgung zu erarbeiten.

Ein kommunaler Wärmeplan umfasst im Wesentlichen vier Elemente:

1. Bestandsanalyse

Zu Beginn werden Wärmebedarf und -verbrauch, Versorgungsstruktur und die dazugehörigen Treibhausgasemissionen erfasst.

2. Potenzialanalyse

Im nächsten Schritt werden die Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die lokal verfügbaren regenerativen Wärmequellen wie z. B. Geothermie ermittelt. Ebenso wird die Nutzbarkeit vorhandener Abwärmequellen wie z. B. dem Abwasser untersucht.

3. Zielszenario

Danach werden Szenarien für den Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung entwickelt. Dazu gehört u. a. die Ermittlung geeigneter Gebiete für Wärmenetze.

4. Wärmewendestrategie

Abschließend wird ein Transformationspfad definiert. Dieser beschreibt alle wichtigen Maßnahmen zur Erreichung der Energieeinsparung und den Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung.

Kommunen haben selten selbst die Ressourcen, diese Aufgaben umfassend zu bewältigen. Sie müssen auf externe Beratung mit Erfahrung und Fachkompetenz zurückgreifen.



empact

Die **empact GmbH** ist Ihr fachkundiger Ansprechpartner zum Thema Wärmewende und hilft Ihnen, den Umbau der Energieversorgung in Ihrer Kommune entschlossen anzugehen. Dabei stehen wir Ihnen nicht nur für die Planung und Beantragung von Fördermitteln zur Seite, sondern begleiten Sie auch in der Umsetzung gerne als verlässlicher Kooperationspartner.

www.empact.energy



ANZEIGE

EnBW

Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



Kinderbürgermeister*innen

Munteres Geplapper, fast 20 Kinder sitzen auf Stühlen, die Beine baumeln – der Kinderstadtrat tagt am 23. März 2023 im ehemaligen Erzgebirgsbad Thalheim.

Im Moment warten die Kinder noch auf ihre Bürgermeisterin, denn sie ist gerade noch zu Dreharbeiten mit dem MDR in der Stadt unterwegs. Es ist kalt im ehemals geliebten Freizeitbad, das aus finanziellen Gründen seit 2014 geschlossen ist. Wehmütig schauen Kinder und Eltern über die leeren Becken.

Alessia, die „amtierende“ Kinderbürgermeisterin, kommt, begleitet wird sie von Mia und Carl, den „amtierenden“ Stellvertretern. Nikita ist auch dabei. Sie war die erste Kinderbürgermeisterin der Stadt Thalheim/Erzgebirge, die 2018 gewählt wurde. Inzwischen engagiert sie sich zusammen mit einer Handvoll junger Leute für Jugendprojekte in der kleinen Stadt in Sachsen. Alessia eröffnet mit ihrem „Amtskollegen“ Bürgermeister Nico Dittmann die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht: Was gefällt uns Kindern in der Stadt und was muss sich ändern? Was passiert zurzeit im ehemaligen Erzgebirgsbad? Ganz konkret geht es später um die Sicherheit auf den Schulwegen und um die Planung eines Kinder- und Familienfestes im wunderschön gelegenen Freigelände des Bades am 17. Juni. Eltern und ebenfalls eingeladene erwachsene Stadträte hören gespannt die Vorschläge und Meinungen der Kinder.

Inzwischen ist es Juni geworden und das Kinder- und Familienfest wurde erfolgreich gefeiert. Es gab Hüpfburg und Kletterberg, Kinderschminken und Bastelstraße, Zuckerwatte und Eis, Fußballtore und eine Kinderdisco. Genau das hatten sich die Kinder gewünscht.

Genau so stelle ich mir die Beteiligung von Kindern vor. Zwar bin ich selbst 2013 mit 27 Jahren der jüngste Bürgermeister Sachsens gewesen, aber wie Kinder zwischen 6 und 12 Jahren ihre Stadt sehen, wissen wir Erwachsenen trotzdem nicht. Außerdem ist es mir nach wie vor besonders wichtig, Kinder in demokratische Prozesse einzubeziehen und sie damit aufwachsen zu lassen, mit ganz praktischen Beispielen. So wurde die zweite Generation Kinderbürgermeister zusammen mit der Bundestagswahl in den Wahllokalen gewählt. Es gab dafür eine Wahlordnung, wahlhelfende Kinder und (zwei Tage nach dem ordnungsgemäßen Abschluss der Bundestagswahl) eine Stimmenauszählung mit den Wahlverantwortlichen der Erwachsenen und der Kinder.

„Wie Kinder zwischen 6 und 12 Jahren ihre Stadt sehen, wissen wir Erwachsene nicht.“

Die amtierenden Kinderbürgermeister*innen Carl, Mia und Alessia mit Bürgermeister Dittmann (v. l. n. r.) und Quartiersmanagerin Sylvia Schlicke (hinten).



Foto: Stadt Thalheim

Ideenwerkstatt der Kinderbürgermeisterin

Sowohl Nikita als auch ihre Nachfolgerin Alessia sind besonders stolz darauf, von den Erwachsenen als „Kinder-Expertinnen“ akzeptiert und respektiert zu werden. Beide sind an ihrer Aufgabe gewachsen, empfinden die Wertschätzung ihrer Generation in der Stadt als etwas Besonderes. Schließlich sind sie die Bewohnerinnen und Bürgerinnen von morgen und vielleicht sogar die Bürgermeisterinnen oder Kommunalpolitikerinnen von morgen. Das jedenfalls wünsche ich mir als Bürgermeister von heute. Eigentlich könnte ich den Staffeln direkt an sie weitergeben.



NICO DITTMANN
Bürgermeister,
Stadt Thalheim/Erzgebirge

Fotos: Sven Meischner

Spitzengespräch zur Wärmeplanung

Eine Delegation des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen war ins Bundesbauministerium zum Gespräch mit Ministerin Klara Geywitz eingeladen.

Die jungen Bürgermeister*innen hatten eine Vielzahl von Themen für das Treffen am 19. Juni mit Klara Geywitz, der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, vorgeschlagen. So sollte über die Schaffung von Wohnraum für Geflüchtete, den allgemeinen Mangel an Wohnraum, die Erhöhung der Eigentumsquoten im dicht besiedelten Bereich und die speziellen Herausforderungen des ländlichen Raums gesprochen werden. Dazu kam es jedoch nicht. Nachdem sich die Koalitionspartner Mitte Juni auf „Leitplanken“ für das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) geeinigt hatten, waren sich die Bundesministerin und die jungen Bürgermeister*innen einig, dass dieses Thema im Mittelpunkt des Treffens stehen sollte.

Es herrschte Übereinstimmung, dass im Zuge der Energiewende die energetische Sanierung von Gebäuden unvermeidlich ist. Allerdings wiesen die jungen Bürgermeister*innen darauf hin, dass der bisherige Aufwand im Referentenentwurf nicht den tatsächlichen Aufwand in den Kommunen widerspiegelt. Bei der kommunalen Wärmeplanung und der Gebäudesanierung wurden nur die Kosten der Maßnahmen berücksichtigt, aber die begleitenden Verwaltungskosten blieben außen vor. Auch müsse bedacht werden, dass es oft die Kommunen sind, die die erforderlichen Wärmenetze planen und errichten.

Angemessene finanzielle Unterstützung

Unabhängig davon, ob solche Netze langfristig wirtschaftlich betrieben werden können, entsteht zunächst ein hoher Verwaltungsaufwand. Vor allem kleine Kommunalverwaltungen stoßen hier schnell an ihre Grenzen. Es ist daher wichtig, dass solche zusätzlichen Verwaltungskosten durch angemessene finanzielle Unterstützung durch Bund und/oder Länder gedeckt werden.

Die Ministerin erläuterte, wie die „Leitplanken“ im neuen GEG umgesetzt werden sollen. Die Wärmeplanung wird zunächst auf „größere Städte“ ausgerichtet sein. Bis 2028 wird keine flächendeckende Wärmeplanung für ganz Deutschland erwartet. Das Verfahren für die Wärmeplanung wird neu geregelt. Da daraus auch Verpflichtungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des neuen GEG entstehen, ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich, die bisher bei den geförderten Wärmeplanungen nicht vorgesehen war.

Die Wärmeplanung wird zeigen, in welchen Gebieten eine Versorgung mit klimafreundlicher Wärme möglich ist, in welchen Gebieten Potenziale für zukünftige Versorgung bestehen und in welchen Gebieten voraussichtlich keine solche Versorgung zur Verfügung stehen wird. In den Gebieten mit entsprechender Versorgung könnte ein Anschluss- und Benutzungszwang bei Heizungswechsel in Betracht gezogen werden. Grundsätzlich sollten die Regelungen des neuen GEG auch für öffentliche Liegenschaften gelten, was mittel- und langfristige auch für die Kommunen wirtschaftlich ist.

Die jungen Bürgermeister*innen betonten, dass das kommunale Haushaltsrecht der Länder davon abhängt, ob Investitionen im Bereich der freiwilligen Aufgaben getätigt werden dürfen. Dabei ist es oft unerheblich, ob die Maßnahmen mittel- oder langfristig wirtschaftlich sind. Es wurde auch bisher nicht angemessen berücksichtigt, dass ein zögerlicher Ansatz im Rahmen der Energiewende ökologische Folgen hat, von denen nachfolgende Generationen genauso stark betroffen sind wie von den Schulden der



Teilnehmer*innen der Gesprächsrunde: Ulrich Richter-Hopprich (VG Montabaur), Henning Witzel (NJB), Julia Samtleben (Stockelsdorf), Bundesbauministerin Klara Geywitz, Wiebke Sahin-Schwarzweiler (Zossen) und Sebastian Greiber (Wadgassen)

Kommunen. Um eine schnelle Umsetzung auch in öffentlichen Liegenschaften zu gewährleisten, sei es entscheidend, dass die Kommunen über ausreichende finanzielle Mittel für nachhaltige Investitionen verfügen. Die Teilnehmer*innen diskutierten verschiedene Möglichkeiten, wie dies erreicht werden kann (so kam die Idee auf, neben der „schwarzen 0“ auch eine „Klima-0“, bzw. eine „CO₂-0“ einzuführen), und verabredeten, insbesondere zu diesem Thema weiterhin im Austausch zu bleiben.



ULRICH RICHTER-HOPPRICH
Bürgermeister,
Verbandsgemeinde
Montabaur

Foto: Verbandsgemeinde Montabaur

Der direkte Draht zur Berliner Politik

Junge Bürgermeister*innen setzen auf Austausch und Kooperation

Als junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist es unser lang gehegtes Anliegen, über die Grenzen von Städte- und Gemeindetagen hinaus mit der Bundespolitik in Kontakt zu treten. Mit dem klaren Ziel vor Augen, diesen direkten Draht zu den Fraktionen aufzubauen, haben wir begonnen, den Dialog mit verschiedenen politischen Akteuren zu suchen. Und das mit Erfolg.

Wir möchten die drängenden Probleme unserer Kommunen auf Bundesebene kommunizieren und so eine effektive Zusammenarbeit ermöglichen. Zu den Themen Digitalisierung und Finanzen trafen wir uns mit dem Bundestagsabgeordneten Max Mordhorst. Mordhorst selbst ist in der kommunalen Politik zu Hause, kennt und weiß also um die Probleme, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bewältigen müssen. Auch seine thematischen Schwerpunkte liegen bei Digitalisierung und Finanzen. Eine gute Grundlage für unseren Austausch, den wir inzwischen alle sechs Monate pflegen.

„Weniger ist mehr“

Wir sind uns bewusst, dass die Generierung von Fördergeldern für Projekte häufig mit bürokratischen Hürden verbunden ist. Zielvorgaben erweisen sich nicht selten als unrealistisch, und sowohl kleinere Gemeinden als auch mittelgroße Städte stoßen bei der Antragstellung und Einhaltung von Fristen auf Schwierigkeiten. Vermutlich haben auch Metropolen mitunter Probleme, sich durch diesen Dschungel an Vorgaben, Fristen und Anträgen zu kämpfen. Daher besteht ein gemeinsames Interesse, eine Entschlackung und effektivere Ausgestaltung der Fördermittelbeantragung voranzutreiben. Auch Max Mordhorst sieht das so. Für eine effiziente Verwaltung müssen bürokratische Hürden abgebaut werden.

„Eine moderne, zeitgemäße Bildung ist ohne eine angemessene digitale Ausstattung undenkbar.“

Zum Thema Steuereinnahmen für den öffentlichen Haushalt fordern die Kommunen mehr direkte Zuweisungen vonseiten des Bundes, was gleichzeitig die Eigenverantwortung vor Ort stärken und Bürokratie abbauen würde.

Die Digitalisierung ist zweifellos eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch im lokalen Kontext, aber sie bietet auch große Chancen. Für das erfolgreiche Voranschreiten dieses Prozesses bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen. Wir sehen insbesondere den flächendeckenden Breitbandausbau und eine digitale Verwaltung als unerlässlich an. In diesem Bereich sind gemeinsame Strategien mit dem Bund von großer Bedeutung. Ein Vorbild kann hier Estland sein, denn das Land hat die Digitalisierung bereits weit vorangetrieben.

Wir können bereits erste Erfolge auf dem Weg zur Digitalisierung verzeichnen, wie beispielsweise die Einführung der Bürger-ID, Bürgerservice-Hotlines und digitale Rathäuser. Andere wichtige Bausteine wie die Digitalisierung der Bildungslandschaft stehen noch am

Anfang. Auch wenn hier Schwäbisch Hall die Ausnahme ist, wo die meisten Schulen bereits ans Glasfasernetz angeschlossen sind, gibt es in Deutschland zahllose Schulen, die keinen Internetzugang haben. Eine moderne, zeitgemäße Bildung ist ohne eine angemessene digitale Ausstattung undenkbar. Um langfris-

tig international wettbewerbsfähig zu bleiben und unseren Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Ausbildung zu bieten, ist dringendes Handeln erforderlich. Uns Kommunen bei dieser Herkulesaufgabe nicht allein zu lassen – auch das ist ein Anliegen, das Mordhorst mit in den Bundestag nehmen wird.

Die Zusammenarbeit mit Max Mordhorst und weiteren Kolleginnen und Kollegen aus der FDP-Bundestagsfraktion empfinden wir als äußerst wertvoll. Sie stehen als starke Partner an unserer Seite und setzen sich engagiert für unsere kommunalen Belange im Bundestag ein. Mit großer Vorfreude blicken wir dem zukünftigen Austausch entgegen, denn nur durch gemeinsames Handeln können wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern und die Entwicklung unserer Kommunen nachhaltig vorantreiben.



DANIEL BULLINGER
Oberbürgermeister,
Schwäbisch-Hall



ANDRE STENDA
Bürgermeister,
Hohenroda

Foto: Adobe Stock

Foto: Stadt Schwäbisch-Hall

Foto: Gemeinde Hohenroda

Lösungsansätze für handlungsfähige und demokratische Kommunen gesucht

Befragung gibt Einblick in die Herausforderungen und Belastungen, denen junge Bürgermeister*innen in Deutschland ausgesetzt sind.

VON HENNING WITZEL

Gerade die Kommunalpolitik ist von den aktuellen Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft stehen, in besonderer Weise betroffen: der Bau von Kindertagesstätten, die Unterbringung Geflüchteter, der Ausbau des Breitbandnetzes oder die kommunale Wärmeplanung – die Beispiele ließen sich fortsetzen. Zahlreiche zusätzliche Aufgaben müssen bewältigt werden. Doch in vielen Kommunen stellt sich die Frage, wie diese Aufgaben, auch angesichts des unübersehbaren Fachkräftemangels, noch gemeistert werden sollen.

Der Rücktritt des Bürgermeisters und des gesamten Gemeinderats von Freisbach in Rheinland-Pfalz Anfang August hat uns veranlasst, genauer hinzusehen, um die Lage in den Städten und Gemeinden besser zu verstehen. Schon Mitte August haben wir daher eine Umfrage unter den jungen Bürgermeister*innen unseres Netzwerks durchgeführt, um ihre Meinungen und Stimmungen zu erfassen. Binnen 36 Stunden haben sich 210 Teilnehmer*innen an dieser Umfrage beteiligt. Die hohe Beteiligung verdeutlicht das starke Interesse an dieser Thematik. Die Ergebnisse zeigen die vielschichtigen Aufgaben, die auf lokaler Ebene bewältigt werden müssen, und bestätigen eine wachsende Überlastung in der kommunalen Politik.

74% der befragten Bürgermeister*innen empfinden ihr Amt als Traumjob, jedoch sind nur noch 55% der Meinung, dass sie aktuell mit diesem „Traumjob“ zufrieden sind. Drei von

vier jungen Bürgermeister*innen empfinden, dass sie an oder sogar über der Belastungsgrenze arbeiten. Ebenso viele geben an, dass ihre Verwaltungen überlastet sind. Diese Belastungen haben gefährliche Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen und auf die Basis der demokratischen Strukturen vor Ort.

Zudem ist eine große Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit auf Bundes- und Landesebene festzustellen. Sehr schlechte Bewertungen von Bundesregierung und Opposition zeigen die Diskrepanz zwischen den kommunalen Anforderungen und den wahrgenommenen politischen Leistungen von Bund und Ländern. Dies unterstreicht die Bedeutung einer verstärkten Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Ebenen, um die Bedürfnisse der Kommunen besser zu berücksichtigen.

Auf die Frage, welche Veränderungen notwendig sind, um die Arbeit als Bürgermeisterin oder Bürgermeister effektiver zu gestalten, nennen 61% der Befragten Stichwörter aus dem Bereich „Bürokratieabbau, Föderalismusfolgen, Aufgabenzuwachs“. Mehr als die Hälfte der Antworten betont die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen. Ebenfalls oft genannt werden der Wunsch nach einem größeren Gestaltungs-



spielraum für Bürgermeister*innen sowie eine bessere Personalausstattung (jeweils 17%). Das Thema „Geflüchtete“ spielt hingegen mit lediglich 2,5% der Antworten eine untergeordnete Rolle.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte in seiner Videobotschaft zu unserer Jahreskonferenz im Juni 2023 betont: „Es ist gut, dass wir dabei auf Ihr Tempo, Ihre Ideen und Ihr Engagement bauen können.“ Wir haben diese Einladung zum Dialog ernst genommen und uns mit den Ergebnissen unserer Umfrage direkt an Olaf Scholz gewandt, um gemeinsam Wege zu finden, die lokale Demokratie und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen zu stärken. Das Bundeskanzleramt hat uns in seiner Antwort mitgeteilt, die „sehr interessanten Ergebnisse“ aufmerksam zur Kenntnis genommen zu haben. Bedauerlicherweise konnte man uns kein Gespräch anbieten, sondern hat unser Anliegen an das zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat abgegeben. Von dort erwarten wir nun weitere Nachricht.

Es geht uns mit der Befragung nicht darum, Medien Stoff für Berichte über einen handlungsunfähigen Staat zu liefern oder alte Verteilungskonflikte aufzuwärmen. Wir möchten versuchen, die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu stärken, um gemeinsam neue Ideen und Lösungsansätze für handlungsfähige und demokratische Kommunen zu entwickeln, um die vor uns liegenden großen Aufgaben bewältigen zu können.

„75 % stimmen der Aussage zu, dass die Verwaltung ihrer Kommune überlastet ist! Nur 2 % sehen das nicht so!“



„Wir wollen als europäisches Land leben“

Die ukrainische Bürgermeisterin Natalya Petrenko über wichtige Reformen, verwunderte Soldaten und die Sorge um ihre Heimat.



Foto: Screenshot privates Video



Natalya Petrenko
Bürgermeisterin von
Shulhynka in der
ukrainischen
Region Luhansk

Foto: Screenshot ZDF Morgen-Magazin

Frau Petrenko, Sie sind Bürgermeisterin von Shulhynka, einer kleinen Gemeinde in der Region Luhansk in der Ukraine. Was bedeutet Ihr Amt für Sie?

Natalya Petrenko: Ich bin glücklich und stolz, dieses Amt ausüben zu dürfen. Wir in der Ukraine haben nicht diese lange Tradition kommunaler Selbstverwaltung, die es in Deutschland gibt. Erst 2015 gab es eine Reform, die den Gemeinden mehr Macht, mehr Geld, mehr Kompetenzen gab. Diese Reform der Dezentralisierung – das ist eine der wichtigsten Reformen überhaupt in den letzten Jahren in Europa. Was wir da geschaffen haben, hilft uns jetzt in dieser schwierigen Lage.

Es gibt ein Video, auf dem zu sehen ist, wie Sie sich mit bloßen Händen einem russischen Panzer entgegenstellen.

Ich war so wütend. Ich konnte nicht fassen, dass die kommen und das zerstören, was wir jahrelang aufgebaut haben. Auch wenn der Panzer erstmal abgebremst hat – vor der Besetzung schützen konnte ich meine Heimat nicht. Die russischen Soldaten waren übrigens erstaunt, als sie sich bei uns umgesehen haben. Ihre erste Frage: Wer hat Ihnen erlaubt, besser zu leben als bei uns? In ihrer Vorstellung müsste die Ukraine ein rückständiges Land sein, in dem es sich schlechter lebt als in Russland. Die Russen haben auch gesagt: Es wird keine Wahlen mehr geben.

Erst konnte ich noch vor Ort bleiben, aber dann wurde es zu gefährlich. Ich arbeite jetzt in ukrainisch kontrollierten Gebieten und sorge für Menschen, die aus meiner Heimat geflohen sind.

Wie erleben Sie die aktuelle Situation?

Wir im Osten der Ukraine sind im Moment im Überlebensmodus. Und wir wollen unbedingt durchhalten. Mit 43 Jahren gehöre ich zu einer Generation, die noch die Zeit der Sowjetunion kennt. Ich erinnere mich, wie ich als Kind in dieser braunen sowjetischen Uniform in der Schule saß. Ich will nicht dahin zurück. Keiner in meinem Umfeld will das. Wir wollen als ein europäisches Land leben.

„

**Auch in schwierigen Zeiten
sehen wir unsere Zukunft
gemeinsam.**

Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin von Borna

Foto: Martin Magunia

Bereits seit 45 Jahren verbindet eine Städtepartnerschaft das sächsische Borna und das ukrainische Irpin. Die Kommunen arbeiten Hand in Hand – ob beim Aufbau der freiwilligen Feuerwehr oder bei der Bewältigung der Folgen von Flucht und Vertreibung. Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für die Ziele der Agenda 2030 wie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Alle 40 | 53113 Bonn www.engagement-global.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Digitaler Staat in Berlin

Der Fachkongress Digitaler Staat Ende April in Berlin stand unter dem Motto: „Staat im Umbau: Hier entsteht die Verwaltung von morgen.“

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen war dort mit einem Infostand vertreten, um unser Netzwerk den Kongressteilnehmern aus Bund, Ländern und Kommunen vorzustellen.

Am zweiten Kongresstag gab es im Berliner Kongresszentrum auch ein eigenes Fachforum des Netzwerks zum Thema „Die besten Ideen für unsere Kommunen finden (Innovative Beschaffung).“

Teilnehmer des Forums waren Bürgermeister Sebastian Greiber aus Wadgassen, Jana Janze, Geschäftsführerin von GovMarket, und Dr. Ulrich Romer, Referatsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Grundsatzfragen Innovations- und Technologiepolitik).

Fachpodium zum Thema Innovative Beschaffung



Foto: Behördenspiegel



Selfie am Stand

Foto: Munoz



Hauptversammlung des Deutschen Städtetags

Es war ein großes Treffen der Städte Ende Mai in Köln.

Getreu dem Motto „Unsere Städte – gemeinsam neue Wege wagen“ spiegelte die 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags die zentralen Themen wider, die Kommunen derzeit umtreiben. Mit Bundeskanzler Olaf Scholz hatte die Veranstaltung den richtigen Gast, um die Anliegen und Sorgen der Städte zielgenau zu platzieren.

(BM'in von Stockelsdorf) noch Katja Dörner, OB'in von Bonn, Rene Wilke, OB in Frankfurt/Oder und Uwe Conradt, OB von Saarbrücken über neue Ideen für eine attraktive Kommunalpolitik. Jenseits aller Sonntagsreden trieb alle Teilnehmer*innen die Kernfrage um: Wie halten wir unsere Kommunen als Fundament

der Demokratie auch in Zukunft handlungsfähig?

Beim stimmungsvollen Abendempfang der Stadt Köln gab es neben einem Postkartenblick auf Rhein und Dom auch gute Möglichkeiten, um zu netzwerken.

„Bye Boomer?“

Eine lebhaft Diskussion gab es auch bei der Podiumsrunde „Bye Boomer?“, die gemeinsam von Städtetag und dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen durchgeführt wurde. Auf dem Podium diskutierten neben unseren Bundesvorsitzenden Michael Salomo (OB von Heidenheim) und Julia Samtleben



Bye Boomer?



Bürgermeister*innen-Gruppenbild an den Rheinterrassen.

Foto: Weber

GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN



BESUCHEN SIE UNS AUF DER KOMMUNALE
18.–19.10.2023
IN NÜRNBERG
HALLE 8 / 8-615

Ob privatwirtschaftlich oder gefördert: Der Glasfaserausbau bis in die Häuser und mit offenen Netzen ist für Kommunen in ländlich geprägten Regionen die Lösung, um gegenüber Ballungsräumen attraktiv zu bleiben. Als Unternehmen aus Bayern bietet LEONET das 1A-Paket im Freistaat: von der Finanzierung über die ideale Leitungsverlegung bis zum Betrieb.

LEONET ist Mitglied vom Pakt Digitale Infrastruktur der Bayerischen Staatsregierung. Mit LEONET haben Sie einen starken Partner beim Ausbau. Aktuell bauen wir jenseits unserer ostbayerischen Stammgebiete in immer mehr Kommunen Bayerns aus. Und morgen? Bei Ihnen.

GIGABITFÄHIGES INTERNET FÜR IHRE VERWALTUNG. FÜR IHRE BÜRGER*INNEN. FÜR IHRE UNTERNEHMEN.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.



Ihr LEONET-Berater:
Adrian Richter
Leitung Kommunalbetreuung

Tel.: 0151 188 15 692
E-Mail: adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN DER
INFRAFIBRE GERMANY

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE



Netzwerk Junge Bürgermeister*innen auf dem KGSt®-Forum 2023

Das KGSt®-FORUM ist Deutschlands größter kommunaler Fachkongress.

Unter dem Motto „Herzlich willkommen in der Netzwerkkommune“ treffen sich vom 27. - 29. September 2023 Teilnehmer*innen aus über 600 Verwaltungen im CCH in der Freien und Hansestadt Hamburg.

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ist in diesem Jahr erstmals „ideeller Partner“ des KGSt-FORUMs. Unter anderem werden wir mit einem eigenen Anlaufpunkt in der KGSt-Lounge vertreten sein, die als Treffpunkt für die gegenwärtige und ggf. zukünftige Mitglieder des Netzwerks fungiert.

In Hamburg werden innovative Lösungen für eine effektive und effiziente Verwaltungssteuerung

in fast 100 Fachveranstaltungen, die in sieben Themenwelten gegliedert sind, vorgestellt und diskutiert. Auch auf zahlreichen dieser Fachveranstaltungen werden Kolleginnen und Kollegen aus dem Netzwerk vertreten sein.



Auf der KGSt-Bühne ist ein gemeinsamer Live-Podcast („WirKommunalen-Nachgefragt“ meets „KGSt-Kommunal-WG“) mit unserem Bundesvorsitzenden Michael Salomo und KGSt-Vorstand Dr. Klaus Ebbing in Planung. Geplant ist auch, dass am Stand der KGSt eine Buchvorstellung unseres Kinderbuchs „Spielplatz-Alarm“ stattfindet.

Kommunen aus dem Netzwerk, die noch keine Mitglieder bei der KGSt sind, können in diesem Jahr zu Mitgliedsbedingungen am KGSt®-FORUM teilnehmen.



Einladung zur KOMMUNALE nach Nürnberg

Am 18. und 19. Oktober 2023 findet in Nürnberg die KOMMUNALE 2023 statt.

Fünf junge Bürgermeisterkollegen aus Bayern fanden das eine gute Gelegenheit für ein Treffen. Bitte merkt euch dafür den 19. Oktober 2023 vor.

Ab 15:30 Uhr ist ein gemeinsamer Messerundgang geplant, bevor es ab 17:00 Uhr fachlichen Input, aber vor allem viel Zeit zum Netzwerken gibt. Auch Nürnbergs junger Oberbürgermeister Marcus König hat seine Teilnahme angekündigt. Das Treffen endet voraussichtlich gegen 20:00 Uhr.



Anmeldungen bitte über unsere Webseite:

<https://www.junge-buergermeisterinnen.de/veranstaltungen/sept-23-kommunale-nuernberg-1/>

Für Freikarten hat uns die Messe Nürnberg folgenden Besucher-Sondercode zur Verfügung gestellt: **KOM23Netzwerk**

Mit dem Code könnt ihr unter folgendem Link ein kostenfreies Eintrittsticket buchen: www.kommunale.de/de/besucher/tickets/gutschein



Smart Country Convention

7.-9. November 2023 in Berlin

Wie im Vorjahr, ist unser Netzwerk bei der SCCON Content Partner. Auch sind wieder junge Amtskolleg*innen bei mehreren Foren zu „jungen Themen“ mit im Programm eingebunden.

Zum Thema „Infrastrukturausbau und Digitalisierung in einem föderalen System“ wird es ein eigenes Fachpodium von NJB und Deutsche Glasfaser geben. Am Nachmittag des 8. November wollen wir in der Diskussionsrunde einen Fokus auf die besondere Bedeutung der Kommunen legen.

Am Donnerstag, den 9. November, wird von 11 bis 12 Uhr im Rahmen der SCCON im hub27 der Messe Berlin die außerordentliche Mitgliederversammlung unseres Netzwerks stattfinden. Alle Vereinsmitglieder tragen sich den Termin bitte fest in den Kalender ein! Es ist dringend nötig, unsere Satzung an einigen Punkten anzupassen und zu konkretisieren. Das kann nur auf einer außerordentlichen MV passieren. Um dort beschlussfähig zu sein, benötigen wir die Teilnahme von mindestens 40 Mitgliedern.

Wer in Berlin dabei sein kann, bitte hier eintragen: www.junge-buergermeisterinnen.de/anmeldung-2



Zweites österreichisches Jungbürgermeister:innen-Treffen



4. und 5. Oktober 2023 in Traun und Hofkirchen (Oberösterreich)

Nach dem großen Erfolg im Vorjahr lädt der Österreichische Gemeindebund zum zweiten Jungbürgermeister:innentreffen am 4. und 5. Oktober 2023 nach Traun und Hofkirchen im Traunkreis (Oberösterreich) ein. Die Einladung geht an alle Bürgermeister:innen Österreichs bis 40 Jahre sowie eine Delegation aus Tschechien. Und natürlich ist auch wieder eine Delegation unseres Netzwerks Junge Bürgermeister*innen eingeladen, dabei zu sein.

Impulsgeber:innen und spannenden Workshops auf euch. Das Schwerpunktthema wird „Bürgerbeteiligung“ sein.

Die Anmeldung zum Jungbürgermeister:innentreffen ist ab sofort möglich. Weitere Infos und Links zum aktuellen Programm sowie zur Anmeldeseite gibt es hier:



<https://gemeindegund.typeform.com/jungtreffen23>

Wir freuen uns auf eure Teilnahme!



Hofkirchen in Oberösterreich und Schloß Traun

KOMPETENZ PARTNER: digitale zukunft

GEO DATA ZDC ZENTRUM FÜR DIGITALE ENTWICKLUNG KI-P KOMPETENZPARTNER FÜR INNOVATIVE PRODUKTE & PROZESSE

DER WEG ZUM INTEGRIERTEN MOBILITÄTSKONZEPT

Neben einer soliden digitalen Grundversorgung braucht die zukunftsfähige Kommune ein integriertes, multimodales und nachhaltiges Mobilitätskonzept. Damit können bestehende Angebote nachhaltig verbessert, durch neue digitale Services ergänzt, der ÖPNV optimiert und Mehrwerte für Mensch, Klima und Umwelt erzielt werden.

Denn mit einer ganzheitlichen Sichtweise auf den Bereich Mobilität kann eine deutliche Steigerung des Servicelevels für die Nutzer*innen erreicht werden. Nur mit bedarfsgerechten und einfach nutzbaren Angeboten wird die Mobilitätswende auch flächendeckend angenommen werden.

Wir sind dabei Ihr Partner und begleiten Sie in nur vier Schritten zu einem integrierten, multimodalen und nachhaltigen Mobilitätskonzept.

Jahrestagung 2023 NETZWERK JUNGE BÜRGERMEISTER:INNEN

Nachhaltige Mobilität

VERWALTUNG BÜRGER / BESUCHER

4) DIGITALE SERVICES REALISIEREN: DASHBOARD UND STEUERUNGSTOOLS, DATENPLATTFORM, BÜRGER APP

3) BASIS INFRA-STRUKTUR SCHAFFEN: Glasfaser, Mobilfunk, Sensornetze, z.B. LoRA-WAN, Bestands-systeme, WLAN

2) FUNDAMENT LEGEN: Konvergenter Netzplan, Mobilfunkbefahrung, Dokumentation

1) BEDARFE ERMITTELN: STRATEGIE, KOORDINATION, FINANZIERUNG

AUSBLICK 2023

📅 27.-29.
SEPTEMBER
2023

Netzwerk Junge
Bürgermeister*innen auf dem
**KGSt®-Forum
2023** im CCH
in Hamburg

📅 4.-5. OKTOBER 2023

Zweites österreichisches Jungbürgermeister:innen-Treffen in Traun und Hofkirchen im Traunkreis (Oberösterreich)

📅 18.-19. OKTOBER 2023

Bürgermeister*innen-Treffen auf der KOMMUNALE in Nürnberg

📅 7.-9.
NOVEMBER
2023

Smart Country Convention
in Berlin
NJB ist Content Partner

📅 8. NOVEMBER 2023 (15-16 UHR)

Fachpodium von NJB und Deutsche Glasfaser zu „Infrastrukturausbau und Digitalisierung in einem föderalen System“ im hub27 der Messe Berlin (im Rahmen der SCON)

📅 9. NOVEMBER 2023 (11-12 UHR)

Außerordentliche Mitgliederversammlung des NJB e. V. im hub27 der Messe Berlin (im Rahmen der SCON)

📅 21.-22. NOVEMBER 2023

Fachtagung Kommunale Konfliktbewältigung der bpb „Wir da unten, die da oben? – Dialog fördern, Vertrauen stärken“ im Tagungszentrum der Bundespressekonferenz in Berlin

📅 23. NOVEMBER 2023

Zukunftskonferenz „Gemeinsam machen wir ländliche Räume zukunftsfest – Regionalentwicklung geschlechtergerecht gestalten“ der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen gemeinsam mit dem Deutschen Landfrauenverband in Berlin

Ausblick 2024: Jahreskonferenz des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen
am 15.+16. Mai 2024 im Umweltforum Berlin

ANZEIGE



WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.
Die Experten für den öffentlichen Sektor.

Personalsuche | Personalauswahl | Personalentwicklung



www.zfm-bonn.de

ZEIG, WER DU BIST!

*Finde deinen Style
im NJB-Shop*



Bürgermeister*in ist man mit Leib und Seele, warum dann nicht auch das Bürgermeister*in-sein auf der Brust tragen?

Fürs Amt braucht man nicht nur Kostüm oder Anzug, sondern natürlich auch mal einen coolen Hoodie, ein schickes T-Shirt oder eine Base-Cap.

Zudem gibt es natürlich auch unser Netzwerk-“N“ oder das Netzwerk-Logo auf Shirts und Hoodies, aber auch auf Tassen, Kappen oder Turnbeuteln.

NJB-SHOP.MYSPREADSHOP.DE

Willkommen im NJB-Shop.
Schau doch mal vorbei und finde dein Produkt.



Gemeinsam gegen Hass und Gewalt

Immer mehr Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Deutschland werden beleidigt, bedroht oder sogar attackiert.



Möglichkeiten der Gegenwehr und der Prävention

Stark im Amt ist eine Initiative der Körber-Stiftung in Kooperation mit Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund.



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Stark im Amt
Portal für Kommunalpolitik
gegen Hass und Gewalt